

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Arbeitsmarktabgabe - Treuhandanstalt
- Bundesbank - Rhein-Main-Donau-Kanal - Großbritannien**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1992) : Kurz kommentiert: Arbeitsmarktabgabe - Treuhandanstalt - Bundesbank - Rhein-Main-Donau-Kanal - Großbritannien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 72, Iss. 10, pp. 501-502

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136929>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

**Arbeitsmarktabgabe
Besondere Situation**

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft hat gefordert, die Finanzierung der Bundesanstalt für Arbeit neu zu gestalten. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollen demnach gesenkt werden und ausschließlich zur Zahlung von Arbeitslosengeld verwendet werden. Hingegen soll die aktive Arbeitsmarktpolitik – also z. B. Umschulungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – durch eine Arbeitsmarktabgabe finanziert werden, die im Gegensatz zu den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung auch von Selbständigen, Freiberuflern, Beamten und Abgeordneten erhoben werden soll. Begründet wird dieser Vorschlag damit, daß die aktive Arbeitsmarktpolitik nicht nur denen zugute komme, die jetzt die Beitragslast tragen, und deshalb von allen Erwerbstätigen zu finanzieren sei.

Dem läßt sich entgegenhalten, daß Erwerbstätige, die nicht sozialversicherungspflichtig sind, Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit nicht in Anspruch nehmen, sondern höchstens indirekt davon profitieren. Durch die besondere Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt sind allerdings neue Aufgaben auf die Bundesanstalt gekommen, deren Bewältigung im Interesse der gesamten Gesellschaft liegt und die von allen zu finanzieren sind. In diesem Jahr wurde aber nur ein Drittel des ostdeutschen Ausgabenüberschusses der Bundesanstalt für Arbeit aus dem Bundeshaushalt und damit von allen Steuerzahlern finanziert. Für 1993 strebt die Bundesregierung sogar an, keinen Bundeszuschuß mehr zu zahlen.

Mit den neuen Aufgaben der Bundesanstalt läßt sich die Heranziehung weiterer Personenkreise zur Finanzierung wohl rechtfertigen. Allerdings sollte keine neue Abgabe eingeführt werden, die vermutlich dauerhaft bestehen bliebe, sondern auch in den kommenden Jahren ein Bundeszuschuß gewährt werden, der langfristig wieder abgebaut wird. al

Treuhandanstalt

Marktanteile durch „Kampfpreise“?

Mit Entschiedenheit hat sich Anfang Oktober die Präsidentin der Treuhandanstalt in die öffentliche Diskussion über die anhaltende Wettbewerbsschwäche ostdeutscher Unternehmen eingebracht. Explizit forderte Frau

Breuel die Treuhandunternehmen auf, sich mit „Kampfpreisen“ die zum Überleben notwendigen Marktanteile zu erstreiten. Nach heftiger Kritik an dieser Forderung beilte sich die Präsidentin festzustellen, daß sie dabei keineswegs an wettbewerbsverzerrendes „Dumping“ denke. Sie habe lediglich die vom osteuropäischen Nachfrageausfall betroffenen Unternehmen zu einer aggressiveren Preispolitik aufgerufen, um im Wettbewerb um westliche Kunden erfolgreicher als bisher zu sein.

Der Ausdruck „Kampfpreise“ ist aber ohne Frage unglücklich und wenig hilfreich. Er weckt zwangsläufig die Befürchtung, staatlich subventionierte Unternehmen sollten durch nur über öffentlichen Verlustausgleich zu realisierende Preise in die Lage versetzt werden, zu Lasten privater Konkurrenten Nachfrager zu gewinnen. Das darf aber nicht das Ziel der Privatisierungspolitik in den neuen Bundesländern sein. Für einen funktionsfähigen Wettbewerb müssen Preise vielmehr „fair“ in dem Sinne sein, daß sie die langfristigen Kosten zur Bereitstellung der betreffenden Waren oder Dienstleistungen widerspiegeln.

Was bedeutet das für ostdeutsche Unternehmen, die sich meistens einer Situation gegenübersehen, in der die im Markt etablierten westlichen Firmen Bekanntheitsgrad, Goodwill und einen Kundenstamm aufgebaut haben, während sie selbst wegen der Unsicherheit über die Qualität ihrer Produkte auf weniger Vertrauen der Kunden treffen? Für Treuhandunternehmen kann es durchaus gerechtfertigt sein, kurzfristig unter Kosten zu verkaufen, um Nachfrage anzuziehen und das Produkt bekanntzumachen. Die daraus resultierenden Anfangsverluste sind als Investitionen in das Produkt anzusehen. Diese sind allerdings hochgradig irreversibel, müssen also bei einem Fehlschlag abgeschrieben werden. Je träger die Nachfrager auf die Niedrigpreispolitik reagieren, desto zweifelhafter ist es, ob die zukünftigen Erlöse ausreichen, diese Investitionen zu decken. Das stellt eine erhebliche Barriere dar, sich im Markt zu etablieren. Damit ihre Unternehmen diese Barriere überwinden, sollte man der Treuhandanstalt als Investor eine den besonderen Umständen entsprechende Risikofreudigkeit zugestehen. rk

Bundesbank

Verändertes Instrumentarium

Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank beschloß in seiner letzten Sitzung, die Laufzeiten kommender Wertpapierpensionsgeschäfte (Offenmarktgeschäfte) mit Banken von bisher vier und acht auf zwei Wochen

zu kürzen. Offensichtlich glaubt die Bundesbank so der noch nicht ganz ausgestandenen Währungsturbulenzen und der daraus folgenden geldpolitischen Probleme besser Herr werden zu können. Liquiditäts- und Zinsänderungen lassen sich mit kurzfristigen Eingriffen schneller und genauer steuern.

Das geldpolitische Hauptproblem liegt zur Zeit in der Notwendigkeit, die durch Währungsinterventionen bewirkte Überliquidität des Bankensystems zurückzuführen. Mit Rücksicht auf außenwirtschaftliche Zwänge sollen die Zinsen dabei möglichst stabil bleiben. Der Umfang der im Monat September zugeflossenen Liquidität wird von der Bundesbank mit 92 Mrd. DM angegeben. Auf die Woche nach dem 15. September entfallen allein 44 Mrd. DM. Bei früheren Wechselkursanpassungen im Europäischen Währungssystem hatte der Zufluß 15 Mrd. DM nie überstiegen. Dabei ist es technisch immer einfacher, dem Geldmarkt Liquidität zuzuführen als sie ihm zu entziehen. Allerdings erleichtert das zwischen 1985 und 1992 von 35 auf 140 Mrd. DM gestiegene Volumen der Pensionsgeschäfte eine Reduzierung. Die Bundesbank hat auch schon drei auslaufende Tender beim Anschlußgeschäft gekürzt, zwei weitere ließ sie auslaufen. Kürzere Laufzeiten sind in diesem Fall eine gute Lösung. 14tägige Tender sollten aber nicht zur Gewohnheit werden. de

Rhein-Main-Donau-Kanal Gravierende Fehler

Der nach etwa 30 Jahren Bauzeit kürzlich fertiggestellte Rhein-Main-Donau-Kanal verbindet die Nordsee mit dem Schwarzen Meer und bindet insgesamt fünfzehn europäische Staaten an eine durchgehende Wasserstraße an. Der Bau des Kanals war nicht nur mit erheblichen ökologischen Eingriffen verbunden; auch der ökonomische Nutzen dieses Bauwerks ist zu bezweifeln, weil das erwartete Transportaufkommen als so gering eingeschätzt wird, daß der Kanal die Rentabilitätsgrenze nicht erreicht. Dies liegt einerseits daran, daß die Donau noch immer Untiefen aufweist, so daß sie an über 200 Tagen im Jahr nicht voll schiffbar ist. Andererseits braucht ein Binnenschiff von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer über den Kanal viermal so viel Zeit wie ein Seeschiff, das zudem mehr laden und so erheblich kostengünstiger als das Binnenschiff transportieren kann.

Es zeichnen sich außerdem jetzt schon gravierende ordnungspolitische Fehler ab. Der bayrische Ministerpräsident Streibl verspricht den verunsicherten Binnenschiffern, die wissen, daß sie die meisten Strecken nicht rentabel bedienen können und sich vor Dumping-Preisen

fürchten, hohe Tarife, die durch ein bereits „ausgeklügeltes Tarifgefüge“ zwischen den Verkehrsträgern garantiert werden sollen. Wenn – wie die Befürworter des Kanals behaupten – der Kanal rentabel zu befahren wäre, dann hätten die Binnenschiffer weder die ausländische Konkurrenz noch die der Bahn zu fürchten. Staatlich garantierte überhöhte Tarife führen zu erneuten Wettbewerbsverzerrungen und damit zu abermals höheren volkswirtschaftlichen Kosten. cw

Großbritannien

Ungereimtheiten der Wirtschaftspolitik

Unter dem massiven Abwertungsdruck, den auch eine umfangreiche „Interventionsanleihe“ und kräftige Zinsanhebungen nicht mehr brechen konnten, hat Großbritannien im September die Teilnahme am Europäischen Wechselkursmechanismus suspendiert. Das Pfund verlor seither um bis zu 20% gegenüber den „harten“ EWS-Währungen an Wert. Zugleich büßte die wirtschaftspolitische Strategie an Glaubwürdigkeit ein. Dazu trugen in erheblichem Maße „Ungereimtheiten“ der britischen Wirtschaftspolitik bei.

Schon beim Eintritt in den Europäischen Wechselkursmechanismus war ein viel zu hoher Leitkurs gewählt worden. Daß Großbritannien mit traditionell und auch damals relativ hohen Lohn- und Preissteigerungen den damit verbundenen Nachteil an internationaler Wettbewerbsfähigkeit durch die Erringung eines Stabilitätsvorsprungs abbauen würde, war nicht ernsthaft zu erwarten. Aber die Wirtschaftspolitik war auch in diesem Jahr nicht aus einem Guß. Einerseits beklagte die Regierung die hohen Zinsen auf Anlagen in der Ankerwährung D-Mark, die eine Überwindung der nunmehr zwei Jahre währenden ausgeprägten Konjunkturschwäche in Großbritannien erschweren. Andererseits aber wurde das Budgetdefizit kräftig ausgeweitet. Es stieg innerhalb von zwei Jahren von Null auf mehr als 5% des BIP.

Diese Passivierung ist sogar deutlich stärker als in Deutschland. Wenngleich sie zu einem erheblichen Teil durch das Wirken automatischer Stabilisatoren bedingt ist, so wurden hierdurch doch auch Zinssenkungen erschwert. Gleichwohl indiziert die zuletzt schwache monetäre Expansion einen gewissen Spielraum für Zinssenkungen bei stabilitätsgerechter Ausweitung des Geldangebots. Ihn will die Regierung jetzt offenbar nutzen. Sie läuft jedoch Gefahr, daß die abwertungsbedingten Preisanstöße erneut in einen inflationären Prozeß münden. Dann aber wäre eine weitere Stabilisierungskrise absehbar. wt